VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 306 | 10/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:

ES REICHT!

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISEN!

AUS DEM INHALT

» **Teuerung** trifft Jugendliche – wenn nicht aus reichen Familien – besonders. Die Regierung bleibt untätig *Seite 5*

» **Österreich und Ukrainekrieg:** Die Herrschenden sind gespalten, wollen uns aber einhellig die Kosten aufladen *Schwerpunkt*

» Berichte über den geplanten **Generalstreik in Belgien** und die aktuelle **Streikwelle in Britannien** *Seiten 15–16*

slp.at | Internationale Sozialistische Alternative (ISA) | @isa_oesterreich

WER WIR SIND

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

» **Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei).** Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ
jeweils Montag, 19:00 Uhr

LINZ
jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt"
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT
auf Nachfrage

VÖCKLABRUCK
auf Nachfrage

WIEN

ISA Wien West
jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse"
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter **slp.at/kalender,** Einwahldaten für Online-Treffen unter **slp@slp. at** erfragen.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:
Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 | **Zulassungs-Nr.:** 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

PRO-CHOICE-DEMO

15.10., Wien

Protest gegen rechtsextreme und christlich-fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen

In USA, Ungarn, Italien und anderen Staaten verschärfen rechte Regierungen Angriffe auf das Recht auf Abtreibung. Das ist eine Warnung auch hier! Protestieren wir gegen den gar nicht harmlosen „Marsch für das Leben". Mehr Infos auf www.slp.at

Wie die Gewerkschaft aus der Krise kommt

von Sonja Grusch

Am Samstag, dem 17.9. nahmen rund 120.000 Menschen in Graz am „Aufsteirern“ teil, einer Art ländlichem Volksfest. Am selben Tag nahmen in ganz Österreich an Demonstrationen der Gewerkschaft gegen die Teuerung rund 30.000 teil. Das zeigt tiefe – und gefährliche – Probleme in der Gewerkschaftsbewegung.

3 Ursachen

Die Gewerkschaftsführung redet es sich schön bzw. aufs (miese) Wetter aus. Tatsächlich hat 1) kaum Mobilisierung stattgefunden: Wir als ISA und Rosa haben wohl mehr Straßenaktionen für die Demo gemacht als der gesamte ÖGB. Das ist Ausdruck eines bürokratischen Apparates, für den die Mitglieder keine Mitstreiter*innen, sondern abrufbare Zahler*innen sind. 2) hat das Thema Löhne weitgehend gefehlt. Gerade beginnen die Herbstlohnrunden. Warum wurde die Demo nicht als Startpunkt für + 10% und mindestens 2.000.– netto genommen? Und 3) drückt sich hier die Entfremdung v.a. junger Beschäftigter mit einer Gewerkschaft aus, die sie – zu Recht – nicht als Kampforganisation wahrnehmen. Hier rächen sich Jahrzehnte der de-mobilisierenden “Sozialpartnerschaft” und des staatstragenden Agierens der Führung.

2 Gefahren

Die Krise der Gewerkschaft ist hausgemacht, aber kein Grund für Freude. Eine starke Organisation der Arbeiter*innenklasse ist gerade in Zeiten der aufkommenden Wirtschaftskrise und Rekordteuerung eigentlich dringend nötig. Lässt die Gewerkschaft hier aus oder hofft auf ein Wunder in Form der SPÖ (das, wie das mit Wundern so ist, eben nicht kommen wird), dann füllen andere politische Kräfte das Vakuum. In diesem Fall versuchen FPÖ und andere am rechten Rand auf Teuerung mit rechtem Populismus zu antworten. Die zweite Gefahr ist, dass Regierung und Unternehmen klar ist: Vor so einer schwachen Gewerkschaft braucht man sich nicht zu fürchten. Sie werden daher mit vollem Selbstbewusstsein weiter Mieten und Preise erhöhen, den Arbeitsdruck erhöhen und sie fürchten sich bei den KV-Runden nicht vor diesem Papiertiger. Es kann gut sein, dass sie dabei auf unerwarteten Widerstand stoßen durch verzweifelte Kolleg*innen, deren Angst und Wut explodiert und zu spontanen Kämpfen führt. Dass die Gewerkschaftsführung diese positiv aufgreift und aktiv unterstützt ist – so zeigt es die Erfahrung – unwahrscheinlich.

1 Lösung

Was nicht getan werden darf, ist die Probleme leugnen, die Schuld auf die “faule” Mitgliedschaft zu schieben oder den ÖGB “rechts” liegen zu lassen. Nötig ist eine Schubumkehr mit Turbo. Die pro-ge Forderung von 10,6% ist unerwartet hoch (wenn sie wirklich umgesetzt wird). Eine Inszenierung wie sonst können wir uns nicht mehr leisten. Auf die Gewerkschaftsführung ist kein Verlass, dass sie die Lektion vom 17.9. verstanden hat. Organisierung in den Betrieben ist nötig, z.B. im Sozial- und Gesundheitsbereich (siehe Artikel S. 7) und eine Kampfstrategie für einen echten heißen Herbst (siehe S. 8). Dazu müssen wir – Achtung! böses Wort – die Gewerkschaftsführung von unten, durch die Mitglieder und Aktivist*innen *zwingen* und letztlich auch durch kämpferischere Kolleg*innen ersetzen. Gewerkschaftlicher Orientierungspunkt dürfen nicht Regierung, Sachzwänge, Staatsinteresse oder Sozialpartnerschaft sein, sondern einzig was die Mitgliedschaft wirklich braucht. Wir müssen die ganze träge, brave Gewerkschaft umkrempeln und zu einer Kampforganisation machen.

Foto: Bwag, CC BY-SA 4.0

FPÖ: Rückkehr mit Populismus

von Peter Hauer

Der 34. Parteitag der FPÖ ist vorbei: Kickl ist mit 91% wiedergewählt und seine Rede war ein Einpeitschen für kommende Wahlen. Nur die FPÖ könne die österreichische Bevölkerung aus der aktuellen Krise befreien, meint Kickl.

Sind damit die zahlreichen Krisen innerhalb der FPÖ vorbei? Nein, der aktuelle Zustand ist viel eher ein Kompromiss zwischen den verschiedenen Flügeln innerhalb der FPÖ. Auf der einen Seite jene Bundesländer, an der Spitze Oberösterreich, die mitregieren wollen und stärker staatsmännisch agieren wollen. Auf der anderen Kickl & Co., die stärker auf Fundamentalopposition inklusive Straßenmobilisierungen und den Aufbau der Partei mit kleinem aber gefestigtem Kern setzen. Aktuelle Umfragen geben Kickl durchaus recht in seinem Ansatz. Am 11.9. zeichnete eine Umfrage der Krone die FPÖ in Oberösterreich auf Platz 1 mit 29% - und das 3 Jahre nach dem Ibiza-Skandal, der die FPÖ die Macht kostete. Dass die FPÖ sich so schnell wieder erholt hat, liegt nicht an ihrer Programmatik. Das Programm der FPÖ ist in vielen Bereichen vage, widerspricht sich und ist im Kern wirtschaftsliberal und - ganz anders als Kickls Propaganda - nicht sozial. Um eine Antwort auf die Ukraine-Krise zu geben, fordert Kickl Fracking, in offiziellen Aussendungen wird sich klar dagegen ausgesprochen. Vor einer konkreten Positionierung zum Krieg selbst versteckt sich die FPÖ hinter Österreichs "Neutralität" und fordert eine Evaluierung der Sanktionen, um den österreichischen "Mittelstand" zu entlasten und schlussendlich zu stärken.

Kleinunternehmen bilden das Kernklientel der FPÖ und um diese wirbt die FPÖ nicht erst seit der Ukraine-Krise, sondern seit jeher. Das fiel vor allem während Corona auf, wo die FPÖ genau diese Schichten aufhetzte und großen Protest organisierte. Die FPÖ forderte während der Pandemie ein Aufsperren der Wirtshäuser, aber keine Entlastung für das Gesundheits- und Pflegepersonal. Auch die miesen Arbeitsbedingungen in der Gastronomie scheren sie wenig.

Woher kommt der neuerliche Aufstieg?

Ähnlich auch die Antworten auf die Krise: Viele Probleme, wie die Inflation oder sinkende Löhne werden zwar benannt, aber echte Lösungen im Sinne von Arbeiter*innen will und vor allem kann die FPÖ nicht geben. Denn die dringend nötigen Lohnerhöhungen, die Gewinnabschöpfung oder auch Enteignung von Spekulation zerrt an den Grenzen des Kapitalismus und steht im Widerspruch zu den Interessen der (Klein)Unternehmen - und diese bilden schließlich die Basis der FPÖ.

Woher kommt der Aufstieg also? Er wurzelt vor allem in der Krise des gesamten Systems, dem aktuell nur eine schwache Arbeiter*innenbewegung gegenüber steht. Es gibt keine Partei für Arbeiter*innen und der ÖGB ist ein braves angeleintes Hündchen, das es nicht wagt, ein eigenständiges Programm gegen die Inflation im Sinne der Arbeiter*innenklasse aufzustellen. Die steigende Unzufriedenheit mit der Regierung ist groß: 49% sind überhaupt nicht zufrieden mit der aktuellen Arbeit der Regierung! Die einzige lautstarke Opposition aber ist die FPÖ.

Was steht uns bevor?

Steht uns deswegen in naher Zukunft wieder eine FPÖ-Regierung bevor? Jein. Auf Länderebene spielt die FPÖ ungebremst eine große Rolle, vor allem in Oberösterreich. Auf Bundesebene schreckt das Kapital noch davor zurück, sie wieder in eine Regierung zu holen, weil sie ein massiver Unsicherheitsfaktor ist, wo doch Stabilität gebraucht wird. Doch eine Rückkehr auch auf Bundesebene ist mit einer verstärkten Energiekrise und einer FPÖ mit guten Russlandkontakten nicht gänzlich ausgeschlossen. Was uns auch bevorsteht, ist eine Wiederaufbauphase der FPÖ, da ihr einige zentrale Köpfe (Jenewein, Strache, ...) weggebrochen sind bzw. in inneren Kämpfen verstrickt sind. Eine Arbeitsteilung mit den neofaschistischen Identitären war bei den "Corona-Demos" deutlich, hier gab und gibt es diverse auch personelle Überschneidungen. Ein Krisenwinter, in dem die Gewerkschaft der extremen Rechten inkl. FPÖ die Straße beim Thema Teuerung überlässt, ist gefährlich. Umso dringender braucht es entschlossene betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe für höhere Löhne, für mehr Personal, für die Finanzierung des Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen aus den Profiten der Konzerne und den gemeinsamen Kampf von Menschen verschiedener Hautfarbe, Religion und Geschlecht für all das.

Krise trifft auf Jugend

beide Artikel von Severin Berger

(Junge) Menschen können sich das Leben nicht mehr leisten: In Bereichen des täglichen Bedarfs sind die Teuerungen noch massiver als die Gesamtinflationsrate zeigt und gleichzeitig werden weder Sozialleistungen noch Löhne in jugenddominierten Branchen ausreichend erhöht. Natürlich gibt es auch jene, die das nicht so hart trifft: die kommen jedoch meist aus gutbürgerlichem Haus und sind so selten auf eigenen Verdienst, Familien- oder Studienbeihilfe angewiesen.

Besonders staatliche Unterstützungsmaßnahmen zeigen das Versagen der Politik: Seit Jänner 2018 wurde die Familienbeihilfe nicht mehr erhöht, die Studienbeihilfe wird in diesem Semester erstmals seit 5 Jahren angehoben (mit Werten, die im Frühjahr schon beschlossen wurden) – eine wirkliche Anpassung dieser Leistungen an die Inflation soll aber laut Regierung frühestens 2023 folgen.

Viele Bosse wissen genau, wie sie aus dieser Misere Profit schlagen: Sollten junge Menschen Ansprüche an Arbeitsbedingungen oder Lohn stellen, werden sie einfach nicht eingestellt denn die nächsten Bewerber*innen steht oft schon, aus der Not heraus, vor der Tür. In "jungen" Branchen – z.B. Gastronomie, Hotellerie oder Krankenpflege – sind Probleme wie schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichender Lohn, Sexismus und Arbeitssicherheit sehr offensichtlich. Illegale Beschäftigung ist in Sektoren mit vielen jungen Beschäftigten besonders hoch. Zusätzlich befinden sich über 40% der jungen Erwerbstätigen in atypischen Beschäftigungen – heißt: befristet, Leih-/Zeitarbeit oder geringfügig beschäftigt.

Junge Menschen sind, im Gegensatz zum Vorurteil, keineswegs faul – viele, besonders aus ärmeren Schichten, sind darauf angewiesen zu arbeiten und das oft neben oder statt einer Ausbildung, was die Situation für die Zukunft oft verschlechtert. Die Teuerungen werden immer mehr Jugendliche dazu zwingen, sich in horrende Arbeitsverhältnisse zu begeben.

Mehr und mehr junge Menschen verstehen aber auch, dass es, im Angesicht der massiven Krisen, so nicht ohne Veränderung des Systems weitergehen kann. Diese Erkenntnis führt zu Unmut und Widerstand, Widerstand, den wir in vielen Bereichen immer deutlicher spüren und der nicht einfach wieder verpuffen wird.

Kampf der Teuerung: Regierung & Realität

Die ÖVP sucht nach "Lösungen" für die schwierige Situation der Jugend: Die staatlichen Nebengebühren für den Erwerb eines Eigenheims sollen abgeschafft werden. Solche Ansätze werden im Endeffekt nur denen, die schon genug Geld haben, helfen.

Um wirklich die Teuerung abzufedern, braucht es andere Maßnahmen: Ordentliche (Aus-)Bildung statt Kürzungen und höhere Löhne bei gleichzeitiger automatischer Anpassung dieser an die Inflation. Ein konsequentes Anti-Teuerungspaket kann nicht von anderen sozialen Themen unabhängig sein, gratis Öffis, Kampf gegen Leerstand – mit notwendigen Enteignungen – oder Abschaffung von unbezahlten Praktika sind alles Forderungen, die (nicht nur) jungen Menschen gegen diese Krise helfen! Nicht auf dem Rücken der Steuerzahler*innen, sondern dem der großen Krisenprofiteure – keine Gewinne auf unsere Kosten!

Es ist lange klar, dass solche Veränderungen nicht einfach so passieren. Der wunde Punkt des Systems sind die Profite: es kann nur durch die Verbindung vom Kampf in Bildungseinrichtungen und Betrieben der notwendige Druck aufgebaut werden. Für solche weitreichenden Aktionen braucht es die geballte Kraft der Basis – deshalb sind wir aktiv in Betrieben, Unis und Schulen, um dort gemeinsam Wut und Motivation zu bündeln und eine Bewegung aufzubauen. Zum Beispiel haben wir mit ROSA eine Kampagne in der Gastro gestartet, um dort gegen Sexismus und Niedriglöhne zu kämpfen oder unterstützen Demos rund um die Bewegung gegen ausbeuterische Pflegepraktika.

Beschäftigte in die Offensive!

von Ella Kempter und Thomas Hauer

Nur 2 Tage nach den bundesweiten ÖGB-Demonstrationen mit schwacher Beteiligung (Bericht S. 8) starten offiziell die Lohnverhandlungen im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich (Sozialwirtschaft Österreich, SWÖ) und dem Metallbereich. Wieder fehlt die notwendige branchenübergreifende Koordination: Z.B. gehen die Metaller*innen mit 10,6% in die Verhandlungen, während man im Sozialbereich auf eine konkrete Prozentforderung verzichtet. Vor allem jetzt, wo Lohnverhandlungen in zentralen Bereichen anstehen, wäre es naheliegend, den Kampf gegen Teuerungen und für höhere Löhne zu verbinden und Streiks als mächtiges Mittel in einen Aktionsplan einzubauen. Die ÖGB-Demonstrationen hätten als Auftakt genutzt werden müssen.

Ein effektiver Kampf gegen Teuerungen und für höhere Löhne...

Insbesondere die Metallindustrie hätte eine enorme Kampfkraft in Streiks, während der Gesundheits- und Sozialbereich bereits mehrfach bewiesen hat, wie er in Kämpfen die breite Unterstützung der gesamten Gesellschaft gewinnen und zum Mitkämpfen bewegen kann. Auch der Handel als größter Kollektivvertrag verhandelt im Herbst und die Gewerkschaft vida fordert vorgezogene Sonder-Kollektivvertragsverhandlungen. Insgesamt geht es damit um fast eine Million Beschäftigte. Eine gemeinsame Strategie für diese Bereiche: Terminlich gleichzeitig oder sogar gemeinsam verhandeln, gemeinsame Rahmenforderungen, gemeinsam streiken und nur gemeinsam nach Urabstimmung abschließen, hat das Potential, jene Lohnerhöhung zu erreichen, die es braucht, um den Verfall unseres Lebensstandards zu stoppen.

... muss als Kampf um die Kontrolle der Gewerkschaften beginnen

Beschäftigte müssen jedoch erfahrungsgemäß zuerst selbst in die Offensive kommen, um die Gewerkschaft zu pushen, bei KV-Verhandlungen konsequent für eine Lohnerhöhung zu kämpfen, die sich in unserem täglichen Leben auch wirklich nach einer Lohnerhöhung anfühlt. (Die Abgleichung der aktuellen Inflation ist dabei nur das absolut Nötigste und sollte bei jeder Lohnverhandlung automatisch passieren.) Bei der üblichen Zurückhaltung der Gewerkschaftsspitzen ist es umso wichtiger, transparente und demokratisch organisierte Verhandlungen zu fordern. Statt hinter verschlossenen Türen müssen die Verhandlungen für Beschäftigte geöffnet (z.B. gestreamt) stattfinden. In Betriebsversammlungen kann der Verhandlungsverlauf bilanziert bzw. unter Kolleg*innen entschieden werden, ob Streiks notwendig sind und die Wahl eines Streikkomitees erfolgen soll.

Während in der Industrie Betriebsversammlungen bei Verhandlungen oft aus Tradition stattfinden, aber nicht lebendig sind, weil sie nicht von Beschäftigten selbst mit Themen gefüllt werden, ist es im Sozial- und Gesundheitsbereich häufig eine Herausforderung, wirklich alle Kolleg*innen zu Betriebsversammlungen zu mobilisieren (siehe S.7). In von Kolleg*innen selbst organisierten Betriebsgruppen können sowohl Forderungen und Strategien, die dann in den Betriebsversammlungen eingebracht und diskutiert werden, entwickelt werden als auch informelle, quasi "Betriebsversammlungen" organisiert werden. Auch die Verbindung zu anderen Kollektivverträgen kann von unten organisiert werden: z.B. durch Solidaritätsbesuche bei Aktionen anderer Branchen, gemeinsame Aktionen von Betrieben in örtlicher Nähe und zur Information der Öffentlichkeit.

Ein so erfolgreich geführter Kampf um höhere Löhne macht Mut und schafft ein Vorbild für KV-Verhandlungen anderer Bereiche, aber auch für Kämpfe um mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen z.B. im öffentlichen Gesundheits- und Sozialbereich oder für einen Generalstreik gegen Teuerungen am 9. November - gemeinsam mit Beschäftigten in Belgien (siehe S. 15).

Info

Wir als ISA fordern die demokratische Abstimmung über Verhandlungsergebnisse – also **Urabstimmungen**. Damit ist in diesem Zusammenhang gemeint, dass alle Beschäftigten des Bereichs zu einer Wahl aufgerufen werden, ob die Verhandlungsergebnisse akzeptiert werden sollen oder nicht. Während in Österreich die Gewerkschaftsspitze noch immer behauptet, dass sowas unmöglich sei und der pro-ge Vorsitzende Urabstimmungen sogar als "Schnapsidee" bezeichnet, sind diese in anderen Ländern (z.B. Deutschland) schon längst gelebte Praxis.

Organisierung am Arbeitsplatz

Special zu den SWÖ-Verhandlungen Teil 4

Vorschläge, um die Situation der mehr als 250.000 Kolleg*innen in privater Pflege und Sozialeinrichtungen nachhaltig zu verbessern.

von Theresa, Caritas-Beschäftigte und Yasmin Morag

Seit Jahren zeigen die Beschäftigten im privaten Sozial- und Pflegebereich große Kampfbereitschaft. Aber die letzten Verhandlungen haben auch gezeigt, dass wir mit einem besser organisierten und koordinierten Kampf viel mehr erreichen könnten. Wir müssen Druck von unten aufbauen, um die Gewerkschaft zum Handeln zu zwingen.

Organisierung am Arbeitsplatz ist entscheidend!

Sprecht mit euren Kolleg*innen! Fragt so viele wie möglich, was sie über die KV-Verhandlungen denken, welche Verbesserungen sie brauchen und wie ihr dafür kämpfen könnt. Alle brauchen das Gefühl, dass dies ihr Kampf ist. Treffen sind angesichts der vielen kleinen Einrichtungen und Schichtdienste eine Herausforderung, aber gemeinsame Diskussionen über Forderungen und Initiativen sind nötig (z.B. vor oder nach einer Teamsitzung). Gut ist auch eine Online Gruppe, in der die nächsten Schritte besprochen werden. Solche Aktivist*innengruppen können auch die Grundlage für künftige Streikkomitees sein.

Diskutiert, wie euer Streik aussehen kann, der Aufsehen erregt und die Betreiber trifft, aber den Menschen, die wir betreuen möglichst wenig schadet – das erhöht Motivation und Streikbereitschaft der Kolleg*innen. Klären wir darüber auf, dass die schlechten Arbeitsbedingungen die wahre Gefährdung sind! So erreichen wir die notwendige Unterstützung durch die zu Betreuenden und die Öffentlichkeit.

Wenn es im Herbst zu Streiks kommt, müssen wir für aktive Streiks mit öffentlicher Unterstützung mobilisieren: Hängen wir Transparente in den Einrichtungen auf und informieren wir Anrainer*innen, warum wir streiken. Mit Infotischen und Flugblättern (z.B. im nächsten Supermarkt) können wir erklären, dass wir für bessere Arbeitsbedingungen und damit bessere Betreuung kämpfen. So können sich auch verschiedene Arbeitsplätze vernetzen: Oft findet man erst da heraus, wie viele andere Einrichtungen ganz in der Nähe sind.

Gemeinsam sind wir stark!

In der letzten KV-Runde waren viele Betriebe (z.B. in der Altenpflege) nur wenig eingebunden. Mit z.B. einem gemeinsamen Banner, gemeinsamen öffentlichen Aktivitäten etc. sind wir stärker und erhöhen den Druck auf die Gewerkschaft. Es kann hilfreich sein, in jeder Station/Einrichtung eine*n Verantwortliche*n für die Koordinierung mit anderen zu haben, wie es die Beschäftigten während des Streiks an der Charité (Berlin) hatten. Ladet Kolleg*innen aus anderen Bereichen (z.B. Metall, Krankenpflege, Kindergärten) ein und tauscht euch aus und organisiert Unterstützung – das schafft die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf. In Betriebsversammlungen oder Betriebsratssitzungen können wir Forderungen und unsere Erwartungen an eine Kampfstrategie beschließen, die wir der Gewerkschaft mitteilen. All das geht auch, wenn die Gewerkschaft es nicht von selbst tut – und erhöht den Druck von unten.

Das sind nur einige Anregungen. ISA und „Sozial aber nicht blöd“ haben viel Erfahrung und unterstützen gerne bei der Organisierung vor Ort. Um zu gewinnen ist Organisieren notwendig, da wir mit vielen Herausforderungen konfrontiert sind: Bundes- und Landesregierungen haben die Last der Pandemie auf den Rücken der Beschäftigten gelegt und sie wollen uns auch die kommende Wirtschaftskrise “umhängen”. Nur mit Widerstand von unten können wir das bekämpfen und eine Ausfinanzierung des Bereichs, z.B. aus den Milliardengewinnen, erreichen. In jedem Kampf sammeln wir Erfahrung und können demokratische Basisstrukturen aufbauen, die so nötig sind, um Druck auf die Gewerkschaft ausüben können – und um zu gewinnen.

Checkliste:

- ☑ **Sprecht mit euren Kolleg*innen über die Verhandlungsrunde.**
- ☑ **Initiiert ein Treffen.**
- ☑ **Entscheidet gemeinsam über Forderungen und Kampfmethoden.**
- ☑ **Bindet Patient*innen, Klient*innen und Familien ein.**
- ☑ **Geht raus! Mit Infotisch, Flugblatt, Transparent.**
- ☑ **Schließt euch mit anderen zusammen und koordiniert Aktionen.**
- ☑ **Kontaktiert ISA oder SANB für Unterstützung.**

17.9.: Heute Demo, morgen Streik!

von Sofia Koepp

Am 17.9. fanden bundesweit ÖGB-Demonstrationen gegen Teuerung statt. ISA/ROSA war in Wien, Linz und Salzburg dabei - für einen kämpferischen Kurs. Der ÖGB prangert die aktuelle Situation an, es mangelt aber an einem Aktionsplan. Die Teilnahme blieb mit 32.000 (laut ÖGB, Vergleich Demo gegen den 12h Tag 100.000+) weit unter den Erwartungen. Das lässt sich aber, wie aus zahlreichen Gesprächen im Vorfeld und während der Demonstration hervorgeht, nicht auf fehlendes Interesse zurückführen, sondern ist die Folge der ausbleibenden Mobilisation durch den ÖGB, der politischen Schwächen (Auslassen der Lohnverhandlungen) und des sinkenden Vertrauens in den ÖGB.

Unsere Forderungen nach Streiks, automatischer Anpassung von Löhnen und Sozialleistungen an die Inflation, sowie branchenübergreifender Koordination von Lohnverhandlungen und Streiks fanden vor allem bei Teilnehmer*innen außerhalb des Funktionärs- und Hauptamtlichenapparates großen Zuspruch. Streikbereit-Buttons, Broschüren und Petition wurden sehr positiv aufgenommen. Dies zeigt das Potenzial, welches bei flächendeckender Mobilisation und richtiger politischer Ausrichtung möglich wäre.

Die feministisch sozialistische Kampagne ROSA betonte die Notwendigkeit, bei den Lohnverhandlungen gemeinsam zu kämpfen, damit nicht schlechter organisierte, weiblich dominierte und systemrelevante Branchen zurückbleiben. Dazu gehören die Verhandlungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, die zu den kämpferischsten Branchen gehören. Deshalb bildeten wir als ISA und ROSA einen dynamischen Demoblock mit der Basisinitiative "Sozial aber nicht blöd" - bzw. in Linz mit dem Do it yourself Frauentagsbündnis.

Die Aussage „Erster Schritt auf die Straße gehen, zweiter Schritt merken für die nächste Wahl"...", des Vorsitzenden der Gewerkschaftsjugend auf der Abschlusskundgebung in Wien macht deutlich: Der ÖGB hat keinen Plan gegen die Teuerung. Deshalb werden wir als ISA und ROSA im Zuge des Herbstes und der Lohnverhandlungen Druck von unten für branchenübergreifende Streiks und einen offensiven Aktionsplan aufbauen.

Berlin: Protest für Frauenrechte!

von Sarah Moayeri

Am 17.9. beteiligten sich ROSA & ISA Aktivist*innen aus verschiedenen Ländern an Mobilisierungen gegen Abtreibungsgegner*innen in Berlin. Die weltweiten Angriffe auf Abtreibungsrechte machen internationalen Widerstand und Organisierung umso notwendiger. "Pro Life" ist eine Lüge, diesen Kräften geht es rein um die Kontrolle von Frauen und LGBTQI+ Personen. Wir haben mit einem kämpferischen Block, eigenen Reden und einer sozialistisch-feministischen Veranstaltung eine Perspektive für einen Kampf um echte Selbstbestimmung aufgezeigt.

Während die offiziellen Organisator*innen den Grünen als Sozialabbau-Partei eine große Bühne geboten haben, haben wir z.B. auf den Kampf im Gesundheitsbereich hingewiesen. Der Kampf um vollen, kostenlosen und flächendeckenden Zugang zu Abtreibungen geht Hand in Hand mit dem Kampf um ein ausfinanziertes, bedarfsorientiertes und demokratisch organisiertes Gesundheitssystem. Die Streiks in den Krankenhäusern zeigen das Potential.

Wir haben auch deutlich gemacht, was echte Wahlfreiheit bedeutet: Kampf gegen die Teuerung, für flächendeckende Kinderbetreuung, höhere Löhne und leistbaren Wohnraum und letztlich für ein Ende des kapitalistischen Systems. Ein System, das uns als Gebärmaschinen braucht und uns in Geschlechterrollen zwängt und ausbeutet.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 306 | 10/2022 | Schwerpunkt

ISA INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

Foto: Mvs.gov.ua, CC BY 4.0

DROHT EIN 3. WELTKRIEG?

von Jan Millonig

Neben Corona, Klimakrise, Energiekrise, Nahrungsmittelknappheit, Lieferengpässen und der beginnenden nächsten Wirtschaftskrise macht der Krieg in der Ukraine und eine mögliche Ausweitung Angst.

Der Westen hat es bis jetzt bewusst unterlassen, Offensivwaffen zu liefern oder selbst direkt militärisch einzugreifen, weil er zurecht befürchtet, so einen 3. Weltkrieg auszulösen. Das hat den Krieg zu einem langwierigen Stellungskrieg ausarten lassen, durchaus mit der Absicht, das russische Militär langsam ausbluten zu lassen. Daran ändert auch die Offensive der ukrainischen Armee im September nichts.

Das Putinregime versucht mit Repression und Propaganda auf Unzufriedenheit zu reagieren. Eine weitere militärische Eskalation ist nicht ausgeschlossen. Denn der Ukrainekrieg ist der aktuell blutigste Ausdruck eines weit größeren Konfliktes zwischen den zwei größten imperialistischen Staaten: USA und China. Zusätzlich drücken sich hier auch noch die Interessen anderer imperialistischer Mächte wie eben Russlands aus. Diese Machtkämpfe um Zugriff und Einfluss spielen sich überall ab, in Osteuropa, am Balkan, in Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Taiwan-Konflikt ist der nächste Brandherd.

Solche Dynamiken können sich verselbstständigen und außer Kontrolle geraten. Denn die grundlegenden Widersprüche, aus denen dieser „Neuer Kalte Krieg" hervorgeht, bestanden schon vor dem Ukraine-Krieg und werden auch nach einem scheinbaren Frieden nicht gelöst sein: Eine Weltwirtschaft, die keinen Ausweg aus der Krise findet und die notwendige Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten. Es gibt also keine Lösung, solange dieses kapitalistische System, das auf Konkurrenz und Profitmaximierung beruht, besteht.

Gleichzeitig gibt es große Spaltungen in der herrschenden Klasse, aufgrund unterschiedlicher Interessen und Strategien. Aber die Teuerung und Hungerkrisen erzeugen auch ein Pulverfass von potentiellen Revolten von unten, das jederzeit explodieren kann. Je deutlicher wird, dass die Arbeitenden und Armen aller Länder die Kosten für diese Kriege zahlen sollen, umso eher wird es Widerstand, auch in Russland und der Ukraine, geben.

So sägt der Kapitalismus, durch seine inneren Widersprüche, auch immer am Ast, der ihn noch hält.

Der Krieg wird zum Härtetest für die Herrschenden in Österreich

Neben der oberflächlichen Propaganda angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine sind die Stimmen unter den Reichen und Mächtigen vielschichtiger. Je nach wirtschaftlichen Interessen ist die Tonlage unterschiedlich. Mit Solidarität mit den Menschen in der Ukraine hat das allerdings nichts zu tun. Insofern unterscheiden sich Regierung und FPÖ auch nicht wirklich.

von Sonja Grusch

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die Sanktionen sind die wirtschaftliche Seite dieser Kriegsführung, an der sich auch das „neutrale" Österreich beteiligt. Vordergründig geht es darum, die imperialistischen Ansprüche Russlands zurückzudrängen. Im Hintergrund geht es auch darum, den chinesischen Expansionsbestrebungen die Rute ins Fenster zu stellen. Die USA wollen europäische Staaten wieder stärker an sich bzw. die NATO binden, die europäischen Kapitalist*innen wollen Eigenständigkeit zeigen und sind doch in tiefen Abhängigkeiten gebunden. Das trifft besonders auf das österreichische Kapital zu, das in hohem Maß vom Außenhandel abhängig ist.

Die Herrschenden stehen getrennt auf Seite der Reichen

Deutschland ist bei weitem der wichtigste Handelspartner, doch bei den Einfuhren steht China an zweiter und Russland an zehnter Stelle, der Wert der Einfuhren aus den USA ist nur halb so groß wie jener Chinas und liegt nur knapp über Russland. Rohstoffe (Öl & Gas) und Halbfertigteile aus Russland und China sind notwendige Grundlage für die Produktion der Exportgüter. Nordamerika vereint 8,4% aller Exporte auf sich – aber Asien (also v.a. China) hat mit 8,8% überholt. Das alles macht die Sache für das österreichische Kapital kompliziert.

Das meint der Präsident der Bundeswirtschaftskammer Mahrer (ÖVP) wenn er sagt, dass die Sanktionen „nur mit einer Gehirnhälfte" gedacht sind. Stets versuchten die Regierungen des kleinen Österreich zwischen den Mächten zu lavieren, um so die besten Deals für heimische Firmen herauszuholen und die eigene Position (v.a. am Balkan und in Osteuropa) auszubauen. Konfrontation mit Russland bedeutet massive Probleme mit Gaslieferungen (aktuell 87 % aus Russland), dramatische Energiepreise und teurere Produktion. Rund 2/3 aller Exporte sind Industriegüter bzw. energieintensive Rohstoffe wie Stahl. Es gibt also keine Autarkie, die heimische Wirtschaft braucht die Handelspartner. Daher stimmt die Regierung als verlängerter Arm dieser Interessen für EU-Sanktionen und importiert gleichzeitig weiter fleißig Gas aus Russland. Darum werden die Stimmen auch aus der ÖVP gegen Sanktionen immer lauter.

Persönliche Korruption und Freunderlwirtschaft sind hier nur ein Aspekt. Die Mitgliedsliste der Österreichisch-Russischen-Freundschaftsgesellschaft liest sich wie das Who-is-Who der politischen Spitzen (quer durch alle Parteien). Rund 650 Firmen sind bzw. waren in Russland aktiv. Die Verbindungen insbesondere der ÖVP zu den wichtigsten wie Raiffeisen, OMV aber auch Gazprom & Co. sind legendär. Auch SPÖler*innen mischen mit. Ganz zu schweigen von der FPÖ und ihrem Freundschaftsvertrag mit Putins Partei. Doch neben den finanziellen Vorteilen für Privatpersonen und Parteien geht es darum, dem österreichischen Kapital in der Ferne den Weg zu ebnen. Insofern geht es dann nicht nur um die Verbindungen zu Russland, sondern auch zu ganz vielen anderen Regimen. Die aktuellen politischen Konflikte spiegeln die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen wider – das selbe gilt auch in der EU, in der die Konflikte über den Kurs ebenfalls zunehmen. Welcher Teil des Kapitals braucht stärker welche Verbindungen? Die Ideologie wird passend dazu zurechtgebogen, steht aber nicht an erster Stelle. Sie alle sind letztlich Diener*innen der selben Herr*innen: des Kapitals, das aber unterschiedliche National- oder sogar Clubfarben trägt.

Hohe Energiepreise haben nichts mit Solidarität zu tun

Mit unterschwelligem Vorwurf titelte "Der Standard" bereits im Mai „Niedrige Preise sind Österreichern wichtiger als Solidarität mit der Ukraine". Die Botschaft: Wer nicht bereit ist, die hohen Preise kritiklos hinzunehmen, ist unsolidarisch mit den Opfern des Krieges in der Ukraine. Hässliche Bilder sind diesmal explizit erlaubt, um diese Opferbereitschaft einzufordern.

Ende August, mit dem weiteren Ansteigen der Preise waren nur mehr 46 % für die Sanktionen, 40 % dagegen. Insbesondere die FPÖ versucht davon zu profitieren. Denn in ihr ist das populistische Element am stärksten, das staatstragende am schwächsten.

Selbstverständlich ist es *nicht* unsolidarisch, sich über hohe Energiepreise zu

beschweren und dagegen zu protestieren. Die hohe Inflation macht die Reichen in Russland, der Ukraine und Österreich gleichermaßen reicher und schadet der Arbeiter*innenklasse überall, nur die Energiekonzerne auf allen Seiten profitieren. Wenn die Herrschenden hier „Solidarität“ einfordern, dann meinen sie, dass die Arbeiter*innen (überall) für ihre Profite zahlen sollen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Der deutsche Sozialist Karl Liebknecht hat 1915 während des 1. Weltkriegs gesagt “Der Hauptfeind steht im eigenen Land”. Gemeint hat er, dass der 1. Weltkrieg ein Krieg um die Interessen der verschiedenen imperialistischen Staaten bzw. ihrer herrschenden Klassen ist, bezahlt mit dem Blut der internationalen Arbeiter*innenklasse. Seine Aussage richtete sich auch gegen jene des deutschen Kaisers Wilhelm, der in tödlicher Umarmung in Richtung Sozialdemokratie sagte: “Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“. Auch im aktuellen Krieg geht es um imperialistische Interessen, jene Russlands, jene der USA, jene der verschiedenen europäischen Staaten und etwas weniger deutlich jene Chinas, und sogar jene der ukrainischen Oligarchie. Demokratie, Menschenrechte, Antifaschismus werden vorgeschoben, sind aber den Herrschenden auf allen Seiten in ihrer täglichen Praxis völlig egal. Die Kosten des Krieges sollen die Arbeiter*innen zahlen, durch höhere Preise, Aushebelung des Arbeitsrechtes und mit ihrem Leben. Auch Selenski & Co. wollen die Kosten des Krieges auf die Arbeiter*innen abladen, die Oligarch*innen kommen ungeschoren davon. Unter Ausnutzung des Krieges haben sie eine Reform des Arbeitsrechts durchgedrückt, die Beschäftigte bei Arbeitszeit, Arbeitsverträgen, Bezahlung, Urlaub etc. weitgehend rechtlos stellt. Die Reichen und Mächtigen auf allen Seiten aber bleiben an der Macht, wenn es keinen organisierten Widerstand der Arbeiter*innenbewegung gibt. Fehlt dieser, können rechte Hetzer das Vakuum füllen. Bei den 70.000, die Anfang September in Prag gegen die Teuerung und die Sanktionen demonstriert haben, waren wohl die wenigsten organisierte Rechte. Aber die Führung der Demonstration kam aus dem extrem rechten Lager. Das konnte passieren, weil die Arbeiter*innenbewegung in einem nationalen Schulterschluss erstarrt ist, anstatt gegen die Angriffe zu kämpfen. Ähnliches kann auch in Österreich drohen, wo die FPÖ die Themen Sanktionen und Teuerung verknüpft. Doch ihre Antwort ist nicht die Verstaatlichung der Energiekonzerne und die Besteuerung der Superreichen, sondern nur eine hohle “Neutralität”. Das zeigt, dass sie nicht für die Arbeiter*innen, sondern nur für einen anderen Teil des Kapitals steht, als die aktuell (noch) vorherrschende Position der Reichen und Mächtigen hierzulande. Sie kann ein Vakuum füllen, das die schwache Arbeiter*innenbewegung lässt, aber sie füllt es mit nationalistischen und kapitalismusfreundlichen Schein-Lösungen. Der beste Widerstand gegen Krieg, Teuerung und die extreme Rechte ist eine organisierte Arbeiter*innenbewegung, die die Ursachen all dieser Probleme nicht nur aufzeigt, sondern auch bekämpft.

> *Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*
>
> *– Karl Liebknecht, deutscher Sozialist (1914, während des 1. Weltkriegs)*

Marx Aktuell: Nationale Frage

von Sarah Moayeri

Der Kampf um nationale Selbstbestimmung ist keine Frage, die sich zu jedem Zeitpunkt und überall gleich beantworten lässt. Sozialist*innen stellen ihr Programm immer auf Basis der konkreten Realität auf und sind Internationalist*innen: Die Entwicklung von Nationalstaaten ist ein Produkt des Kapitalismus. Marx hat auf die Kehrseiten der Entwicklung von Nationalstaaten hingewiesen: Die Unterwerfung anderer Nationen.

Der Ausgangspunkt eines marxistischen Programms ist die notwendige Einheit der Arbeiter*innenklasse als die Kraft, die den Kapitalismus stürzen kann. Die Arbeiter*innen eines Landes haben mehr mit den Arbeiter*innen eines anderen Landes gemeinsam als mit ihren eigenen Herrscher*innen. Der Nationalismus versucht das zu verschleiern. Doch ein allgemeiner Ruf nach Klassensolidarität reicht nicht aus. Nationalstaaten können nicht von heute auf morgen abgeschafft werden – der Sozialismus schafft erst die Voraussetzung für ihr “Absterben”. Für das Recht einer ethnischen Minderheit, bis hin, sich von einem Staat abzuspalten, einzustehen, ist angesichts von (teilweise brutaler) nationaler Unterdrückung erst die Voraussetzung für eine solche Einheit. Marxist*innen verstehen den Unterschied zwischen dem Nationalismus einer unterdrückten und einer unterdrückenden Nation. Auch innerhalb jeder nationalen Bewegung gibt es verschiedene und letztlich widersprüchliche Klassenelemente.

Für das Recht auf nationale Selbstbestimmung zu sein, bedeutet nicht, diese immer zu empfehlen. Sie ist keine Lösung an sich: Auf kapitalistischer Grundlage können Rechte unterdrückter Nationen nicht garantiert werden, genauso wenig können soziale Fragen wie Armut, Arbeitslosigkeit etc. gelöst werden.

Echte Solidarität kommt von unten

von Stefan Brandl

Bei Corona und Klimawandel haben die Herrschenden bewiesen, dass das System keine Lösungen hat. Heizen, Verkehr, Wohnen, Lebensmittel und alle anderen täglichen Bedarfe werden massiv teurer. Auch in Russland und der Ukraine sind Millionen von Menschen von Inflation und sozialer Krise betroffen. Auf allen Seiten wird der Krieg als Argument verwendet, um Arbeitsrechte und Lebensbedingungen anzugreifen. Nun wollen die Herrschenden überall, dass wir hier unten die Füße stillhalten und Verschlechterungen aus "Solidarität" hinnehmen. Der Krieg und auch die Sanktionen zerstören die Existenzen von Millionen Arbeiter*innen in Russland, der Ukraine und durch seinen Rattenschwanz an weiteren Krisen auch in Österreich und Europa. Die Wirtschaftskrise, die schon vorher begonnen hat, verstärkt sich. Warum kommt seitens der Gewerkschaft kein eigenes Programm, das die hohle „Solidarität" (mit ukrainischen Konzernen) der Bundesregierung entlarvt? Das wurzelt im Selbstverständnis des ÖGB als staatstragende Organisation "für Österreich" statt als eindeutige und kämpferische Vertretung aller Arbeiter*innen, egal wo sie geboren wurden. Seit Jahren sehen wir, dass die Herrschenden Corona, Klima, Krieg und Krise auf dem Rücken der Arbeiter*innenklasse "lösen" – höchste Zeit wäre es, das Ruder selbst in die Hand zu nehmen: Organisierung an Schulen und Arbeitsplätzen als erster Schritt gefolgt von (politischen) Streiks, zum Abwehren der allgegenwärtigen Angriffe auf den Lebensstandard, sind überfällig.

Ähnlich verhält es sich mit der stillschweigenden Akzeptanz von Sanktionen – auch diese sind in keinster Weise „friedlich" oder „pazifistisch", sondern zerstören das Leben von Millionen von Menschen in Russland. Sie treffen weder Putin, noch eine Oligarchen-Clique, noch behindern sie fundamental das Kriegstreiben. Zeichen für Widerstand dagegen gibt es überall: Anti-Kriegs Aktionen in Russland und Proteste gegen die schlimmer werdende soziale Lage; Proteste gegen Missstände im Gesundheitswesen, Streiks bei Essenslieferdiensten in der Ukraine; gewerkschaftlicher Widerstand in Belarus: Seit Juli werden Gewerkschafter*innen von staatlicher Seite systematisch verfolgt, weil sie sich gegen den Krieg stellen und den Abzug russischer Truppen aus Belarus fordern. Anstatt genau diese Proteste als Ansatzpunkt für wirkliche Solidarität zu nehmen, stellt sich die Gewerkschaft auch hinter Waffenlieferungen „des Westens"; das Selenski-Regime, das vor wenigen Jahren noch zu Recht vom ÖGB dafür kritisiert wurde, Gewerkschaften und Arbeitsrechte anzugreifen, wird jetzt mit Waffen ausgestattet und der ÖGB hält die Füße still. Dabei ist der Konflikt so oder so nicht militärisch lösbar (nur durch millionenfache Vernichtung von Menschenleben und Zerstörung ganzer Landstriche) – egal ob mit westlichen Waffen oder ohne.

Wir brauchen eine Gewerkschaft, die kämpft!

Das „neutrale" Verhalten des ÖGBs macht hier letztlich nichts anderes, als Kriegstreiberei und Profitgier auf beiden Seiten zu unterstützen; auch der Klimawandel und die Teuerungswelle werden toleriert, einen Plan dagegen gibt es seitens der ÖGB-Führung nicht. Wenn der ÖGB also „die Ukraine" unterstützt, dann unterstützt er das Selenski-Regime; wenn der ÖGB auf Streiks und Arbeitskämpfe verzichtet, dann unterstützt das nur „unsere Regierung". Der „Burgfrieden" (alle in derselben Burg – Staat Österreich – müssen zusammenhalten) hält nur den Missstand aufrecht und nützt Arbeiter*innen auf keiner Seite.

Doch Gewerkschaften sollten nicht "neutral" sein. Sie haben die Aufgabe, die arbeitende Bevölkerung in Österreich und international vor Krieg, Krise und Kapitalismus zu schützen bzw. gegen diese zu mobilisieren. Das tut er mit seiner „Neutralität" nicht. Wir brauchen ein Programm zur Vergesellschaftung von Energiekonzernen, um im Winter leistbar heizen zu können; ein Programm zur Enteignung von Kriegsprofiteuren, um weitere Waffenlieferungen, Aufrüstung und militärische Eskalation zu verhindern; ein Programm, um arbeitenden Menschen weltweit eine Alternative zum alltäglichen kapitalistischen Chaos bieten zu können. Und wir brauchen eine Gewerkschaft und eine politische Kraft, die ein solches Programm aufstellt und den Kampf dafür organisiert – in Österreich und international.

Das Netz ist politisch

von Kimi

Wer auf Instagram oder Tiktok ist, weiß wahrscheinlich, wer Andrew Tate ist. Auf Grund seiner rassistischen, sexistischen und homophoben Aussagen trendet er auf Tik Tok. Er bezeichnet Frauen als Objekte, redet darüber, sie zu schlagen und zu würgen und gibt ihnen die Schuld an Vergewaltigungen.

Solche Kommentare legitimieren Hass gegen Frauen und bringen ihn auf ein nächstes Level. Der Hass bleibt nicht im Netz, sondern wirkt sich auf das Leben von Frauen und queeren Personen aus. Nicht Einzelpersonen wie Tate, sondern das kapitalistische System erzeugen Frauenunterdrückung. Die Rolle der Frau als Mutter und Hausfrau ist eine wesentliche Säule im Kapitalismus. Frauen leisten unbezahlte Reproduktionsarbeit (Kindererziehung, Pflege und Hausarbeit) und helfen damit die Gesellschaft zu versorgen und arbeitsfit zu halten.

Obwohl seine Aussagen gegen viele Richtlinien von TikTok und Co. verstoßen, hat es sehr lange gedauert, bis er von den Apps gesperrt wurde. Warum? Weil es riesige Unternehmen wie TikTok und Co. nicht interessiert, welche Auswirkungen Tates Aussagen haben. Hass im Netz verbreitet sich schnell und sorgt für Diskussionen – das sind Stunden, die User*innen auf diesen Netzwerken verbringen, anders gesagt, steigen die Profite in die Höhe.

Deshalb ist es umso gefährlicher für uns, wenn Kapitalist*innen wie Elon Musk Twitter kaufen wollen. Rassismus, Sexismus und Homophobie werden dann erst recht zugunsten von Rechten wie Trump akzeptiert und unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit toleriert.

Kann uns Internetaktivismus retten?

Viele User*innen wollen sich gegen Dinge wie Rassismus, Klimawandel oder die Unfähigkeit der Politik wehren und werden deshalb aktiv im Internet – auch Internetaktivismus genannt. Einige reposten nur Beiträge von anderen. Andere erstellen eigenen Content oder erklären komplizierte Themen. Internetaktivismus kann Jugendliche zwar politisieren, aber nur die, die sich für Politik interessieren und eigenständig und gezielt politische Seiten suchen. Der Algorithmus merkt sich das und bombardiert Nutzer*innen immer wieder mit ähnlichem Content. Dir wird nur gezeigt, was du wissen willst oder schon weißt. Social Media kann das Interesse verstärken und informieren. Insofern kann Social Media ein Mittel sein, aber keine Lösung. Der Aktivismus bleibt fast immer im Netz stecken und kann den Aktivismus im echten Leben nicht ersetzen.

Organisationen wie Fridays for Future nutzen Internetaktivismus gezielt, um Menschen das Gefühl zu geben, aktiv am Kampf dabei zu sein. Doch das ist nur eine Illusion. Denn es bringt nicht den Druck auf die Herrschenden, der nötig ist, sondern bedient hauptsächlich die eigene Bubble.

Wenn Personen wie Trump ihre Agenda verbreiten wollen, dann passiert das auch! Ungewollt werden User*innen mit dieser Agenda bombardiert. Das beste Beispiel: Die Gerichtsverhandlung von Johnny Depp und Amber Heard. Abgesehen davon, was in ihrer Beziehung passiert ist: Amber Heard wurde ausgelacht, sexistisch beschimpft und nicht ernst genommen – und Johnny Depp wurde gefeiert. Es wurde festgestellt, dass Depp und sein Social Media Team mit Millionen von Dollar endlose Hashtags und Beiträge gegen Heard verbreiteten. Egal ob Youtube, Instgram, Tik Tok oder Twitter, jede*r wurde über dieses Gerichtsverfahren ungewollt informiert bzw. desinformiert.

Deshalb fordern wir eine demokratische Kontrolle von Social Media Plattformen. Wir wollen keinen Algorithmus, der Hass verbreitetet und Reiche noch reicher macht. Wir fordern die Enteignung von Internet-Konzernen – soziale Medien müssen in öffentlicher Hand sein, denn nur so können sie kontrolliert werden und zugunsten der Allgemeinheit und nicht einer kleinen Elite verwendet werden.

Info

Obwohl Internetaktivismus nicht den Aktivismus im echten Leben ersetzen kann, kann das Internet ein wichtiges Tool sein! Vor allem in Diktaturen findet sehr viel online statt.

Bewegungen werden von Bewegungen in anderen Ländern inspiriert. Aktivist*innen nutzen soziale Netzwerke, um Proteste zu organisieren, wie in Myanmar oder im Iran. In China finden unzählige Streiks und Arbeitskämpfe statt. Die Arbeiter*innen nutzen Chat-Gruppen, um über nächste Schritte zu diskutieren, da Versammlungen aufgrund der Repression nicht möglich sind. Aber auch in Ländern ohne starke Repression sehen wir, dass Kolleg*innen das Internet als Tool benutzen. Es werden Facebook-Gruppen gegründet, um Kampagnen zu starten – zum Beispiel in Großbritannien "NHS Workers Say NO! to Public Sector pay inequality" mit über 87.000 Mitgliedern.

„Wir san Wir“ – österreichischer Patriotismus zum Nationalfeiertag

von Albert Kropf

Am 26. Oktober ist wieder Nationalfeiertag. Dazu werden Gemeindebauten, Schulen und öffentliche Gebäude rot-weiß-rot beflaggt, am Wiener Heldenplatz gibt es eine Leistungsschau des Bundesheers. Da können Kinder Krieg spielen, in Panzer klettern, Soldaten und Kriegsgerät bewundern. Sowas passiert natürlich nicht nur bei uns, überall sehen wir eine zunehmende nationalistische Aufladung der Gesellschaft.

Konjunkturen des Nationalismus

In den 1990er Jahren erreichte der Neoliberalismus seinen ideologischen Höhepunkt. In Europa wurde versucht, die jeweiligen Nationalismen durch einen europäischen Nationalismus zu ersetzen bzw. zumindest zu erweitern. „Unser Haus Europa“ war das Projekt der Liberalen, der Sozialdemokratie und vieler Grüner. Für zahlreiche Menschen hat sich aber schnell gezeigt, dass auch der EU-Kapitalismus außer schönen Worten für sie wenig zu bieten hatte. Mit der Krise 2008 hatte das EU-Projekt schon deutliche Risse bekommen. Die EU-Verfassung wurde sang- und klanglos über Bord geworfen. Heute kräht kein Hahn (auch nicht der Johannes) mehr danach. War die Sozialdemokratie auf der Welle der EU-Euphorie mitgeschwommen, ist sie in dieser Situation mit ihr abgesoffen. Nicht zu Unrecht wurde sie von vielen Menschen verantwortlich für das neoliberale Chaos gemacht und in den meisten Staaten abgewählt. Mangels einer internationalistischen, echten Alternative zur Kürzungspolitik profitierten davon vor allem Parteien wie die FPÖ, die ihren alten Deutschnationalismus in der Schmuddelkiste verstaute und sich als “soziale Heimatpartei” präsentierte. Große Teile ihres Programms, nicht nur in Asylfragen, wurden immer mehr zum politischen Standard - die Krise der neoliberalen Globalisierung machte für die Herrschenden eine neokonservative und mit ihr eine nationalistische Wende notwendig. Begleitet wird diese Rückkehr zum Nationalstaat mit zunehmendem Nationalismus an allen Ecken und Enden.

“Wir” sitzen nicht im selben Boot

Dieselben Prozesse führten auch zur Wiederentdeckung des (National-) Staats auch in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie. Der vorher im Neoliberalismus verdammte Staat wird so zur eierlegenden Wollmilchsau zur Sicherung der Profite der Unternehmen. Von Wirtschafts- (2008) über Corona- (2020) bis zur jetzigen Energiekrise wurden Milliarden an Wirtschaftsförderungen in die Kassen der Unternehmen und Konzerne gespült. Der neue starke Staat wurde von vielen Gewerkschaften und manche Linken begrüßt. Dabei ist daran alleine überhaupt nichts fortschrittlich. Das Kapital benötigt in der Krise einen auf allen Ebenen gestärkten Staat: Nach außen, um die eigenen imperialistischen Interessen (für Österreich besonders am Balkan) zur Not militärisch durchzusetzen - daher die Milliarden für Aufrüstung; und nach innen, um durch Subventionierungen die Profite hoch zu halten (nichts anderes ist etwa die “Strompreisbremse”) und den für die Profitmacherei notwendigen “sozialen Frieden” sicherzustellen. Dieser wird vor allem beschworen, wenn durch Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich der Lebensstandard von Millionen zerstört werden soll, um das an die Reichen verteilte Geld wieder rein zu holen. Um aber die Gefahr von Protesten zu verringern, kommt der Nationalismus ins Spiel. Ein großes “Wir” als vermeintliche staatliche Gemeinschaft wird heraufbeschworen. An nationale Einheit wird appelliert, wo die herrschende Politik unwidersprochen bleiben soll. „Die Österreicher*innen“ sind aber nicht gleich von den vielen Krisen betroffen. Wer vermögend ist, kann ganz anders auf die Krisen reagieren als wir, die arbeiten müssen. Dieses österreichische „wir“ gibt also nicht - schon alleine deswegen, weil ein immer größerer Teil derer, die hier unter den Krisen leiden, vom Staat nicht als “Österreicher*innen” anerkannt werden und keine demokratischen Rechte haben. All das zu verschleiern und von der sozialen Ungerechtigkeit abzulenken, ist die Aufgabe des Nationalismus.

Info

Der österreichische Nationalfeiertag wurde nach dem 2. Weltkrieg eingeführt, allerdings nicht, um die Befreiung vom Faschismus zu feiern – das wäre der 8. Mai 1945; sondern um den Abzug des letzten Soldaten der Befreiungsmächte am 25. Oktober 1955 zu bejubeln – wegen der Optik legte man den “Tag der Fahne” auf den Tag danach. Erst 1965 wurde er zum offiziellen Nationalfeiertag. Es ist also keine Frage der “Tradition”, sondern um puren Geschichtsrevisionismus: Der “neue” kapitalistische Nationalstaat will von der Mitschuld seiner Herrschenden nichts mehr wissen.

Generalstreik in Belgien geplant

beide Artikel von Lena Goeth

Obwohl Gewerkschaften eine stärkere Tradition haben als in Österreich, wurde auch dort Corona als Vorwand genommen, keine Arbeitskämpfe zu führen. Nun aber hat die Gewerkschaft zu einem Generalstreik am 9.11. aufgerufen. Während in der österreichischen Herbstlohnrunde nur die Metaller-Forderungen die (offizielle) Inflation abdecken, ist die automatische Inflationsanpassung in Belgien erkämpft und mittlerweile gesetzlich geregelt.

Zuletzt kam es 2014 in Belgien zu einem Generalstreik: Im Dezember hatten in den Provinzen Streiks begonnen, die sich bald aufs ganze Land ausweiteten. Weihnachten und die Terroranschläge um "Charlie Hebdo" wurden als Vorwand genutzt, die Streiks nicht fortzusetzen. Noch heute fühlen sich viele der Arbeiter*innen betrogen, was die Gewerkschaften in Kombination mit der derzeitigen Situation unter Zugzwang bringt.

2022 – 2 Jahre Pandemie und ein Krieg, in beiden wird zum nationalen Schulterschluss aufgerufen. Dass dieser Kürzungen für die Beschäftigten zur Folge hatte, wurde spätestens dann klar, als die Profite der Konzerne stiegen und die Löhne gerade mal an den offiziellen Inflationsindex angepasst wurden.

Mit dem Generalstreik soll auch die Abschaffung des Gesetzes von 1996 erkämpft werden. Dieses besagt, dass die Forderung der Lohnerhöhung (nicht Indexanpassung!) nie höher als die durchschnittliche Lohnerhöhung der Nachbarländer sein darf, was kaum Spielraum lässt. Die Beschäftigten selbst wollen und brauchen aber mehr.

"Wir brauchen einen Eskalationsplan"

Interview mit Wouter, 38, Betriebsrat im Genter Sozialbereich und Aktivist der LSP/PSL, der belgischen Sektion der ISA.

Wouter, wie kann die Gewerkschaft so viele Menschen in den Streik führen?

In Belgien sind 55% der Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert, da Gewerkschaften unter anderem als Sozialservice fungieren. In den letzten 150 Jahren hat sich eine Streiktradition entwickelt. Momentan mobilisieren wir von der LSP/PSL (ISA in Belgien) mit der "Operation Wahrheit", um zu zeigen, wie viel Gewinn die Konzerne die letzten Jahre gemacht haben. Letztendlich ist das Thema selbst und die Einstellung der Betriebsräte ausschlaggebend.

Die automatische Inflationsanpassung klingt super. Stimmt die Berechnung?

Die Anpassung stimmt zwar, jedoch sind einzelne Sektoren aus der Berechnung ausgenommen und so sinken die Reallöhne. Z.B. wurden in den 90ern Benzin, Gas, Tabak und Alkohol aus der Berechnung exkludiert. Je nach Sektor wird monatlich, quartalsweise oder jährlich angepasst. All das verzerrt die Berechnung stark. Außerdem sind z.B. Scheinselbstständige von Lieferdiensten etc. ausgenommen. Dafür ist ein Kollektivvertrag nötig.

Was sind die konkreten Forderungen für den Generalstreik?

Unsere Hauptforderung ist die Lohnerhöhung um 2€ pro Stunde statt Einmalzahlungen sowie die Verstaatlichung und die demokratische Kontrolle des Energiesektors. Besonders ist, dass wir keine prozentuale Lohnerhöhung fordern, um kleine Löhne zu bevorzugen. Natürlich sind wir auch für die Abschaffung des Gesetzes von '96.

Wie wird der Streik organisiert und wie kann der Kampf gewonnen werden?

Im Juni fand eine Demonstration mit 80.000 Menschen gegen das Gesetz von '96 statt. Die sozialistische Gewerkschaft hat die Stimmung aufgegriffen und Aktionen im September angekündigt. Am 21.9. konnten über 10.000 aktive Gewerkschafter*innen mobilisiert werden, um demonstrierend zur Vertretung der Wirtschaft zu gehen. Die Forderung von LSP/PSL nach Verstaatlichung des Energiesektors ist auf offene Ohren gestoßen. Jedoch fehlt es an einem Eskalationsplan. Wir schlagen Betriebsrät*innen vor, Treffen zur "Operation Wahrheit" zu organisieren und Eskalationsmöglichkeiten zu diskutieren, um so Druck von unten aufzubauen.

Streikwelle in Britannien

von Christian Steiner

Britannien erlebt derzeit die größte Streikbewegung seit Jahrzehnten. Angefangen hat es mit den Beschäftigten in ehemals staatlichen Betrieben und Mobilisierungen im Niedriglohnsektor. Nun breitet sie sich weiter aus. Auch in Britannien waren die letzten Jahrzehnte von Kürzungspolitik geprägt und die Ungleichheit wuchs so stark wie nie zuvor. Zur Covid-Krise gesellen sich die Auswirkungen des Brexit, des Ukrainekriegs und all das zu den bestehenden Problemen des Kapitalismus. Die Antwort der Regierung: Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten, z.B. mit Anti-Gewerkschafts-Gesetzen. Die Preissteigerung bei Energie trifft britische Haushalte doppelt so hart wie beispielsweise Haushalte in Deutschland. Und das, obwohl Britannien als "Saudi Arabien" für erneuerbare Energien gilt.

RMT tritt Streikwelle los

Im Juni traten Eisenbahner*innen in einen historischen Streik, provoziert von der Regierung, die hoffte, die Bewegung schnell zum Erliegen zu bringen. Die National Union of Rail, Maritime & Transport Workers (RMT) legt ganz Britannien lahm. 50.000 Beschäftigte legten die Arbeit nieder und forderten mehr Gehalt, aber auch den Stopp des geplanten Personalabbaus sowie der Budgetkürzungen für betriebskritische Infrastruktur. Die Bevölkerung unterstützt diese Kämpfe, wohingegen die Unterstützung für die Regierung weiterhin sinkt.

Im August streikten 170.000 Beschäftigte aus der privatisierten Telekommunikationsbranche, darunter auch Royal Mail, acht Tage lang. In Schottland streikten Stadtangestellte in Edinburgh und in Felixstowe, Britanniens größtem Containerhafen, legten Hafenbeschäftigte für acht Tage die Arbeit nieder. Hafenarbeiter*innen in Liverpool folgten diesem Beispiel und streikten im September. Dem schließen sich Streiks von Pflichtverteidiger*innen an, die für mehr Personal und Gehalt kämpfen, sowie die Organisierung von Beschäftigten in Amazon Lagerhäusern und Urabstimmungen von Millionen öffentlich Bediensteter in ganz Britannien.

Die konservative Premierministerin Liz Truss hat angekündigt, gegen Gewerkschaften vorzugehen, wie genau, ist jedoch unklar. Ebenso unklar ist ihr Programm gegen Teuerung, es wurden lediglich Steuererleichterungen beschlossen - für Reiche. Das Vakuum in der Regierung erhöht die Chance der Gewerkschaften, das Potential der Bewegung auch politisch zu nutzen. Dafür müssen sie aber die Streiks wieder aufnehmen, die sie nach dem Tod der "Queen" ausgesetzt haben! Auch dürfen sich die Gewerkschaften nicht von der Labour Party ausbremsen lassen, sondern müssen politisch unabhängig handeln.

Unsere britische Schwesterorganisation Socialist Alternative fordert, dass Streiks branchenübergreifend koordiniert werden, um die Unternehmen und die Regierung zu Änderungen zu zwingen. Die Initiative "Enough is Enough" (EIE) hat das Potenzial, das zu erreichen. Sie fordert echte Lohn/Gehaltssteigerungen, Energiepreise runter, ein Ende der Ernährungsarmut, Wohnraum für alle und Besteuerung der Reichen. Socialist Alternative unterstützt diese Forderungen und ist aktiver Teil von EIE. Doch um auch wirklich Verbesserungen zu erreichen, braucht die Arbeiter*innenbewegung ein Programm und eine Kampfstrategie. EIE fordert z.B. die Verstaatlichung von Schlüsselunternehmen. Diese braucht aber auch Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten, um die Profitlogik draußen zu halten. Insgesamt braucht es eine politische Alternative zu diesem System, die Streikwelle in Britannien kann hier neue Perspektiven eröffnen.

Info

Die Managements der 100 größten Unternehmen in GB gewährten sich eine Gehaltserhöhung von 39%! Gleichzeitig werden die Lohn/Gehaltsforderungen von Beschäftigten mit der Lüge von der "Lohn-Preis Spirale" abgelehnt.

Wahlen in Schweden: “Organisieren!“

beide Artikel von Anna Hiermann

Am 11. September fanden in Schweden die Parlamentswahlen, sowie jene der Landtage und Gemeinden statt. Nach der Sozialdemokratischen Partei sind die rechtsextremen Schwedendemokraten die stärksten. Darüber sind viele Menschen schockiert. Dabei kommt dieses Ergebnis nicht überraschend: Wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien ist auch die schwedische im Laufe der letzten Jahrzehnte verbürgerlicht. Viele Arbeiter*innen sehen diese nicht mehr als ihre Partei, ist sie doch für Sozialabbau und Privatisierungen mitverantwortlich. Die Schuld für Probleme haben aber für alle Parteien nicht Großkonzerne oder Banken, sondern Migrant*innen. Das führte zu massivem Rassismus während des Wahlkampfes. Neben der politischen Resignation in Kommentaren zur Wahl gibt es auch kämpferische Stimmen und einige Proteste.

Auch die Rättvisepartiet Socialisterna (RS – Sozialistische Gerechtigkeitspartei, ISA in Schweden) trat auf lokaler Ebene an, in Lulea und Haninge. Ihr ging es v.a. darum, ihren Forderungen eine Plattform zu geben. Als einzige stellten sie die Teuerung ins Zentrum, aber die Bekämpfung des Rassismus wurde immer zentraler, da dieser in diesem Zeitraum (und davor) ein großes Problem darstellt. Eine wichtige Forderung war “Stopp Rassismus – gemeinsamer Kampf für Arbeit, Wohnraum und Gesundheitsversorgung für alle.” Anstatt ausschließlich mit Wahlplakaten aufzutreten, haben unsere Genoss*innen direkt Aktionen auf der Straße abgehalten, um die Menschen in den Kampf für die genannten Forderungen einzubinden. So wurden u.a Proteste in Lulea abgehalten für den Ausbau der Altenpflege, d.h. für 200 mehr Krankenpfleger*innen, eine 30 Stunden Woche (anstatt der üblichen 12- Stunden Schichten). Außerdem für Arbeit und bezahlbaren Wohnraum. Ein weiterer Teil der Wahlkampagne war das Klopfen an Wohnungstüren, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen. In Luela klopften wir insgesamt an 10.700 Türen und in Haninge an 8.900. Unser 12-seitiges Wahlkampfmanifest verkauften wir knapp 5.000 Mal. Am Ende gelang es unserer schwedischen Sektion, unsere zwei Sitze in Lulea wieder zu erlangen.

socialisterna.org

Shutdown in Südafrika

Im Zuge von Kürzungen im Öffentlichen Dienst hatte der Südafrikanische Gewerkschaftsbund (SAFTU) einen nationalen Shutdown am 24. August organisiert. Nicht nur die Kürzungen im Öffentlichen Dienst sind ein Problem: Die steigenden Lebenserhaltungskosten, die Umweltzerstörung, geschlechtsspezifische Gewalt usw. machen der Bevölkerung ebenfalls zu schaffen. Es sollte aber nicht bei diesem einen Protesttag bleiben. Sollte die Regierung die Forderungen nicht umsetzten, kündigte SAFTU weitere Proteste und Streiks an. Am 24. August selbst trauten sich viele Menschen, zumindest in manchen Städten, nicht, von der Arbeit fernzubleiben, aus Angst vor Lohnverlust.

Die Aktivist*innen der WASP (Workers and Socialist Party – ISA in Südafrika) versuchten im Vorfeld ihre Kolleg*innen im Betrieb für den Protesttag zu gewinnen. In manchen Gegenden begann die Gewerkschaft nämlich erst spät mit der Kundmachung. Die WASP begann mit der Mobilisierung bereits früher, um möglichst viele Menschen für den Protest und unsere Forderungen zu gewinnen. Zu unseren Forderungen zählten u.a. eine gute Gesundheitsversorgung, sowie Bildung, die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und das Ende geschlechtsspezifischer Gewalt. Als sie an diesem Tag bei den Protesten intervenierten, zeigten sie auch auf, dass diese sowie die Forderungen der SAFTU nicht im Kapitalismus verwirklicht werden können. Diese können nur mit einer Eskalationsstrategie umgesetzt werden, d. h. durch weitere Streiks bis hin zu Betriebsbesetzungen. WASP forderte, dass #NationalShutdown am 24. August der Startpunkt für Massenaktionen werden solle. Diese hätten das Potenzial, das Regime aus Banken und Superreichen zu brechen.

socialist.org.za

*Teil 8 der Artikelserie: Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung*

Frauen in der österreichischen Arbeiter*innenbewegung

von Karin Wottawa und Sebastian Kugler

Frauen waren immer Teil der Arbeiter*innenbewegung, auch wenn kleinbürgerliche und reformistische Kräfte stets versuchten, sie zurückzudrängen. Das begann bei der Debatte um Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Die männlich dominierte Führung der Arbeiter*innenbewegung trug das bürgerliche Familienideal der Frau mit, deren Welt aus Heim und Herd besteht, und richtete die Organisationen auf männliche Industriearbeiter aus. Frauen wurden mehr als Lohndrückerinnen gesehen denn als Mitkämpferinnen. Nichtsdestotrotz forderten sie nicht nur Bildung, Wahlrecht und Arbeit, sondern kämpften auch gegen ihre spezifische Unterdrückung. Bei einer Demonstration für Frauenrechte am 19.3.1911 wurde die Abschaffung des §144, der Abtreibung unter Gefängnisstrafe stellte, gefordert.

Diese Fragen betrachtete die sozialdemokratische Führung jedoch höchstens als Beiwerk – unter "Einheit" der Klasse wurde verstanden, dass Frauen ihre Forderungen im Zweifelsfall hintanstellen sollen, anstatt gemeinsam gegen jede Unterdrückung zu kämpfen – so auch bei der Wahlrechtsfrage. Die Übernahme bürgerlicher Ideologie in Geschlechterfragen wurde zur zentralen Stütze des Reformismus – kein Wunder, dass die Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg die gegen Krieg und Hunger revoltierenden Frauen vor allem als Bedrohung sah, während in Russland die Bolschewiki sie als revolutionäres Potential wahrnahmen.

Alles Einzelkämpferinnen?

Die reformistische Dominanz ist die Basis dafür, dass ihre Geschichte Frauen in dieser Zeit vor allem als isolierte Einzelkämpfer*innen kennt – von Amalie Seidel und Adelheid Popp, die 1893 den ersten Frauenstreik von 700 Fabrikarbeiterinnen organisierten, der nach drei Wochen eine Arbeitszeitverkürzung von 13 auf 10 Stunden pro Tag gewann; bis zu Anna Boschek und Käthe Leichter, die in der Zwischenkriegszeit als Gewerkschafterinnen und Antifaschistinnen gegen das fatale Zögern der Führung ankämpften. Die kleine KPÖ hatte zwar mit Elfriede Friedländer eine ausgewiesene Revolutionärin als erstes Mitglied, die mit "Sexualethik des Kommunismus" ein wichtiges Werk des sozialistischen Feminismus verfasste – sie war jedoch später unter dem Namen Ruth Fischer in Deutschland stets Anfeindungen ausgesetzt, als Frau, die es wagte, Männer in den eigenen Reihen, besonders Stalin zu kritisieren. Der Stalinismus stellte sich ebenso gegen Frauen wie der Reformismus. Das erkannten Kommunistinnen wie Isa Strasser und Raissa Adler. Sie waren mit Trotzki in engem Kontakt und unterstützten die "Linke Opposition". Während diese in den werktätigen Frauen eine zentrale Kraft der Revolution sah, fand sich im Programm der österreichischen Linksopposition KPÖ(O) kein einziger Punkt zur Frauenbefreiung.

Reformismus als gläserne Decke

Nach dem Krieg hat sich all das nur bedingt geändert. Die ausgewiesene Linke Hilde Krones wurde in der SPÖ auch mit Sexismus in den Selbstmord getrieben, sie hatte "eine Ehe zerstört". Die Dominanz des Reformismus und das Ausbremsen von radikalen Forderungen blieb System. So kämpfte die Sozialdemokratin Johanna Dohnal mit dem Rückenwind der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den 1970ern für die Legalisierung von Abtreibung. Dohnal meinte "Aus taktischen Gründen leise zu treten, hat sich noch immer als Fehler erwiesen" – tat aber letztlich genau das. In der SPÖ wurden ihre politischen Forderungen und Einstellungen mitunter nur geduldet und waren zu radikal, Dohnal organisierte dennoch keinen organisierten und offenen Kampf gegen den Reformismus in der Partei. Weil die SPÖ jedoch weder ÖVP noch Kirche auf die Füße treten wollte, blieb es bei der Fristen"lösung", die Abtreibung nicht legal, sondern nur "straffrei" macht und Frauen nur bedingt Abtreibungen ermöglicht, weil sie nach wie vor selbst bezahlt werden müssen und nicht jede Frau Zugang hat – es gibt nach wie vor keine Abtreibung auf Krankenschein, im Gegenteil steht nun die Fristenlösung immer stärker unter Beschuss.

Es reicht also nicht, auf Reformen zu hoffen, die jederzeit wieder zurückgenommen werden können. Reformismus bremst und schadet. So wie der Kampf gegen Frauenunterdrückung nur mit einer revolutionären Perspektive konsequent geführt werden kann, muss die Arbeiter*innenbewegung den Kampf für eine revolutionäre Veränderung auf dem konsequenten Kampf gegen Frauen- und jegliche spezifische Unterdrückung aufbauen.

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

WOFÜR WIR STEHEN

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.

- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!

- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.

- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.

- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!

- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen.Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.

- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Vorwärts-Abo: 24€ | Sozial-Abo: 14€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS ABONNIEREN!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 306 | 10/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:

ZWEITÄGIGES DISKUSSIONSEVENT || DEN KAPITALISMUS VERSTEHEN, UM IHN ZU STÜRZEN!

SEI DABEI!

» **Andrew Tate** & Co. produzieren im Internet gefährlichen Sexismus. Den Herrschenden ist das gar nicht so unrecht. *Seite 13*

» Auch im kleinen Österreich nimmt **Nationalismus** wieder zu, gefördert von Regierung und Establishment. *Seite 14*

» Die **Herbstlohnrunden** starten: Wie es nicht geht zeigt die ÖGB-Demo und Vorschläge wie es gehen kann. *Seiten 3+16*

slp.at | Internationale Sozialistische Alternative (ISA) | @isa_oesterreich